

Stiftung  
Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut  
für Internationale  
Politik und Sicherheit

SWP-Chronologie

*Gesche Weiland*

Eckdaten der politischen Entwicklung  
in Afghanistan seit 2001 und des  
deutschen Bundeswehreinsetzes (ISAF)

*Afghanistan-Chronologie*

Juni 2011  
Berlin

## 2001

**7. Oktober** Nach den Terroranschlägen der Al-Qaida vom 11. September auf das World-Trade-Center und das Pentagon beginnen die USA zusammen mit Großbritannien die „Operation Enduring Freedom“ (OEF) in Afghanistan mit dem Ziel, das Taliban-Regime zu stürzen und damit die von afghanischem Boden durch Al-Qaida ausgehende Terrorismusgefahr zu beseitigen ([„Krieg gegen den Terror“](#)).

**7. November** Bundeskanzler Gerhard Schröder verbindet den geplanten Bundeswehreinsatz in Afghanistan mit der Vertrauensfrage, da die rot-grüne Regierungskoalition an der Diskussion über die Rechtmäßigkeit und den Sinn einer militärischen Beteiligung an einem internationalen Afghanistan-Einsatz zu zerbrechen droht und die innen- und außenpolitische Handlungsfähigkeit der Regierung gefährdet. Mit nur zwei Stimmen Mehrheit sprechen 336 der 662 Abgeordneten des Deutschen Bundestages Bundeskanzler Schröder das Vertrauen aus, 326 Abgeordnete stimmen gegen ihn (vier Bundestagsmitglieder fehlen bei der Abstimmung). Bundeskanzler Schröder hatte nach den Terroranschlägen vom 11. September dem US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush die [„uneingeschränkte Solidarität“](#) Deutschlands ausgesprochen.

**16. November** Der Deutsche Bundestag erteilt das [Mandat für die Beteiligung an der Operation Enduring Freedom](#). Bis zu 3 900 Soldaten werden zur Terrorismusbekämpfung für die Einsatzgebiete arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien, Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete bereit gestellt. Für die OEF in Afghanistan werden 100 deutsche Elitesoldaten (Kommando Spezialkräfte/KSK) bereit gehalten. Ende 2008 wird dieser Teil-Einsatz durch einen Beschluss des Bundeskabinetts beendet. Das OEF-Mandat wird vom Deutschen Bundestag jährlich verlängert. (BT-Drucksache 14/7296)

**5. Dezember** Auf der ersten [Petersberger Afghanistan-Konferenz](#) wird die politische Übergangsphase in Afghanistan beschlossen und eine [Übergangsregierung](#) unter der Führung des Paschtunen Hamid Karsai eingesetzt. Entsprechend dem Bonner Abkommen muss der Präsident von der *Außerordentlichen Loya Jirga* nach sechs Monaten gewählt werden. Von der Petersberger Konferenz an war der gesamte Bonner Prozess durch persönliche Machtrivalitäten und politische Richtungskämpfe belastet.

**20. Dezember** Der Sicherheitsrat der UN verabschiedet mit der [Resolution 1386](#) die Einrichtung einer [Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe \(ISAF\)](#). Sie soll die afghanische Übergangsregierung bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und Umgebung für die Dauer von zunächst sechs Monaten unterstützen und wird für diesen Zeitraum von dem britischem Kommando (Lead Nation) unterstellt.

**22. Dezember** Der Deutsche Bundestag erteilt das [Mandat für die deutsche Beteiligung am ISAF-Einsatz](#) mit der Entsendung von bis zu 1200 Soldaten. (BT-Drucksache: 14/7930)

**22. Dezember** John McColl (Großbritannien) wird erster Kommandeur der ISAF (COMISAF/ (Commander of International Security Assistance Force) (ISAF I).

## 2002

**Januar** Eintreffen des Vorauskommandos der Bundeswehr, Verlegung der Vorauskräfte und Beginn der deutschen Patrouillen in Kabul.

**21./22. Januar** Die erste [Geberkonferenz in Tokio](#) beschließt Wiederaufbauhilfen für Afghanistan in Höhe von 4,5 Milliarden US Dollar.

**9. März** Medienberichten zufolge kämpfen deutsche Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) zusammen mit US-Truppen im Rahmen der OEF-Operation im Raum Kandahar (afghanisch-pakistanisches Grenzgebiet) gegen Aufständische. Die Geheimhaltungspraxis der Regierung über die [Einsätze der KSK](#) stößt bei Abgeordneten des Deutschen Bundestages und in der deutschen Öffentlichkeit auf massive Kritik.

**15. März bis 3. April** Das Sitz- und Statusabkommen über die Einrichtung des Projektbüros Polizei und der Vereinbarung über die Gewährung polizeilicher Ausbildungs- und Ausstattungshilfe wird durch das Bundesministerium des Innern und das Innenministerium der afghanischen Interimsregierung unterzeichnet. Das deutsche Polizeiprojektbüro ([German Police Project Office \(GPPO\)](#)) mit Sitz in Kabul übernimmt die Aufgabe, die Polizei bei ihrer Reform zu beraten, afghanische Polizisten auszubilden und die Beiträge der internationalen Partner zu koordinieren.

**19. März** Die deutschen ISAF-Truppen übernehmen die taktische Führung der Kabul Multinational Brigade (KMNB) im Militärlager „Camp Warehouse“. (Anm: 2005 erfolgt die Verlagerung nach Masar-i-Sharif ins Bundeswehr-Feldlager „Camp Marmal“).

**28. März** Gründung der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen [UNAMA](#) (United Nations Assistance Mission in Afghanistan)(UN-Resolution 1401), die der afghanischen Regierung beim Auf- und Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen helfen soll. Sie nimmt eine zentrale Rolle bei der Koordinierung des Wiederaufbaus in Afghanistan ein. Die UNAMA wird vom Sondergesandten des Generalsekretärs für Afghanistan (Special Representative of the Secretary-General for Afghanistan: SRSG) geführt.

**Anfang April** Geberkonferenz in Genf: Vereinbarung über einen Reformprozess für den Sicherheitssektor in Afghanistan. Die fünf Säulen der Sicherheitssektorreform werden sogenannten *lead nations* (Führungsnationen), für die Koordination zuständige Länder, zugeordnet: Militärreform und Armeeaufbau (USA), **Polizeireform (Deutschland)**, Reform des Justizsektors (Italien), Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration ehemaliger Milizen (Japan) und Drogenbekämpfung (Großbritannien).

**23. Mai** Der Sicherheitsrat der UN verlängert den ISAF-Einsatz bis zum 20. Dezember 2002 ([UN Resolution 1413](#)).

**11. bis 19. Juni** Auf der *Außerordentlichen Loya Jirga* (*Loya Jirga* = Große Ratsversammlung, bestehend aus Stammesführern, religiösen Autoritäten und politischen Vertretern) mit ca. 2000 Delegierten wird Hamid Karsai zum Präsidenten der Übergangsregierung der „Islamischen Republik Afghanistan“ gewählt und der islamische Staatscharakter explizit hervorgehoben.

**14. Juni** Der Bundestag verlängert den ISAF-Einsatz der deutschen Soldaten bis zum 20. Dezember 2002. ([BT-Drucksache: 14/9246](#))

**20. Juni** Die Türkei übernimmt von Großbritannien die Führung des ISAF-Gesamteinsatzes, Hilmi Akın Zorlu wird COMISAF (ISAF II).

**15. November** Der Deutsche Bundestag beschließt die Verlängerung des OEF-Mandats. ([BT-Drucksache 15/27](#))

**27. November** Der Sicherheitsrat der UN verlängert den ISAF-Einsatz um ein Jahr ([UN Resolution 1444](#)).

**2. Dezember** Auf der zweiten [Petersberger Afghanistan-Konferenz](#) werden Struktur und Größe der zu schaffenden afghanischen Armee festgelegt.

**20. Dezember** Der Deutsche Bundestag verlängert den deutschen ISAF-Einsatz um ein weiteres Jahr. Das Kontingent wird auf bis zu 2.500 Soldaten verstärkt. ([BT-Drucksache: 15/128](#))

## 2003

**10. Februar** Die Deutsch-Niederländische Brigade übernimmt die Führung des ISAF-Gesamteinsatzes. Der deutsche Generalleutnant Norbert van Heyst wird COMISAF (ISAF III).

**12. März** Das deutsche Bundeskabinett beschließt die Fortführung des in 2002 eingerichteten deutschen Polizeiprojektbüros (GPPO) in Kabul bis zum 31. Dezember 2005. Das Personal wird auf 17 Polizeiberater erhöht.

**7. April** Präsident Karsai erlässt ein Präsidentendekret zur Polizeireform, in dem die Zuständigkeit für innere Sicherheit und Grenzpolizei von dem Verteidigungsministerium in das Innenministerium verlagert und die Aufgaben der Armee und die des Nachrichtendienstes voneinander abgegrenzt werden. Es wird eine Polizeistärke von 50.000 angestrebt.

**Mai bis Juni** Bei einem Selbstmordanschlag südlich von Kabul wird im Mai ein deutscher ISAF-Soldat getötet. Eine Minenexplosion südöstlich von Kabul kostet einem Bundeswehrosoldat das Leben, ein weiterer wird verletzt. Am 7. Juni wird ein Anschlag auf einen Bus mit deutschen ISAF-Soldaten verübt, die von Camp Warehouse zum Kabuler Flughafen fahren, um ihre Rückreise nach Deutschland anzutreten. Vier deutsche Soldaten werden getötet, 29 teils schwer verwundet.

**11. August** Die ISAF wird nicht mehr im Wechsel von einzelnen Truppen stellenden Staaten sondern von der [NATO](#) geführt. Es ist dies der erste außereuropäische Einsatz der NATO. Der deutsche General Götz Gliemeroth wird COMISAF (ISAF IV).

[Die NATO-Mission wird in fünf Phasen gegliedert](#): Phase 1: Beurteilung und Vorbereitung, einschließlich Operationen in Kabul, Phase 2: Geografische Expansion, Erweiterung des Aktionsradius auf Gesamt-Afghanistan, Phase 3: Stabilisierung, [Phase 4](#) / 5: Übergang / Truppenverlegung.

**1. September** Das Bundeskabinett verabschiedet das erste [Afghanistan-Konzept](#) der Bundesregierung, das von den Bundesministerien Außen, Verteidigung, Innen und des BMZ getragen wird. Es sieht die Erweiterung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr über Kabul hinaus vor und befürwortet einen Bundeswehreinsatz im nordafghanischen Kundus. Das Konzept begrüßt den US-Ansatz der dezentralen militärisch-zivilen Unterstützungsgruppen, wolle jedoch ein eigenes Konzept mit einem zivilen und einem militärischen Engagement entwickeln und umsetzen. Außerdem wird erwogen, polizeiliche Ausbildungs- und Aufbauhilfe zu leisten sowie die Polizeiberater in weitere Provinzen zu entsenden.

**8. September** Die afghanische Regierung verabschiedet ein [Parteiengesetz](#). Politische Parteien müssen mindestens 700 Mitglieder zählen und sich beim Justizministerium registrieren lassen. Sie dürfen die Souveränität des Landes nicht gefährden, müssen den Gesetzen des Islam folgen und dürfen nicht vom Ausland finanziert werden.

**13. Oktober** Der UN-Sicherheitsrat beschließt die Verlängerung des ISAF-Mandats um weitere 12 Monate. Der ISAF-Einsatz wird auf weitere Gebiete außerhalb Kabuls ausgedehnt ([UN Resolution 1510](#)).

**24. Oktober** Der Deutsche Bundestag beschließt die [Ausweitung des deutschen ISAF-Einsatzes](#). Es erfolgt die Aufstellung des ersten deutschen Provincial Reconstruction Teams (PRT) Kundus im Rahmen der ISAF. [PRTs](#) sind zivil-militärische regionale Wiederaufbauteams, deren Ziel es ist, den Einfluss der Zentralregierung zu stärken und Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen zu ermöglichen. Die zwei deutschen PRTs Kundus und Feyzabad werden von einer Doppelspitze aus zivilen Vertretern (Auswärtiges Amt) und Bundeswehr-Kommando geführt. Bis zu 450 deutsche Soldaten werden den deutschen PRTs zugeteilt. (BT-Drucksache: 15/1700)

**Oktober** Deutsche Soldaten in Kundus unterstützen das Programm zur Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration ehemaliger Milizen („Disarmament Demobilization and Reintegration“-Programme (DDR). Ziel ist es ehemalige afghanische Milizen der Konfliktparteien gezielt zu entwaffnen und in die afghanische Gesellschaft zu reintegrieren.

**14. November** Der Deutsche Bundestag beschließt die Verlängerung des OEF-Mandats. ([BT-Drucksache 15/1880](#))

**14. Dezember** 500 Delegierte kommen zu der Verfassungs-Loya-Jirga in Kabul zusammen, um über den Entwurf der neuen afghanischen Verfassung zu beraten. Die neue Verfassung löst die mit dem Bonner Abkommen vorübergehend wieder in Kraft gesetzte leicht modifizierte Verfassung von 1964 ab. Die Verfassungs-Loya-Jirga war im Bonner Abkommen festgeschrieben, die Zusammensetzung und das Verfassungsverfahren jedoch nicht genauer definiert, was einen intransparenten Verfassungsprozess zur Folge hatte.

## 2004

**4. Januar** Die Verfassungs-Loya-Jirga verabschiedet die neue [Verfassung Afghanistans](#). Afghanistan bezeichnet sich offiziell als *Islamische Republik Afghanistan* und versteht sich als ein demokratischer Staat mit einem Präsidialsystem (letzteres nach US-Vorbild). Die Gewaltenteilung ist in Exekutive, Legislative und Judikative festgeschrieben. Zwar ist das Recht der Scharia nicht explizit formuliert, jedoch dürfen Gesetze nicht gegen den Islam verstoßen. Zusätzlich eingeführte Formulierungen sichern aber der Scharia ein faktisches Primat im Falle von verfassungsmäßigen oder politischen Streitfällen zu. Die Legislative besteht aus einem Unterhaus (*Wolesi Jirga*) und einem Oberhaus (*Meshrano Jirga*). In das Unterhaus werden 249 Delegierte direkt gewählt (davon 25 Prozent Frauen). Der Präsident wird auf 5 Jahre gewählt und darf nur einmal wiedergewählt werden. Die Verfassung stattet den Präsidenten mit weitreichenden Machtbefugnissen aus (Oberhaupt der Armee, Ernennung von Ministern und Vizepräsidenten). Effektive Kontrollorgane sind nicht vorgesehen.

**30. Januar** Eröffnung der deutschen Außenstelle des PRT Kundus in Taloqan.

**9. Februar** General Rick Hillier (Kanada) wird COMISAF (ISAF V).

**März** Die afghanische Regierung erlässt ein Mediengesetz. Es soll eine freie Medienlandschaft garantieren sowie die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunksenders RTA.

**1. April** [Berliner Afghanistan-Konferenz](#) "Afghanistan und die internationale Gemeinschaft – eine Partnerschaft für die Zukunft": Afghanistan erhält internationale Hilfszusagen in Höhe von 7,4 Mrd. Euro. Die Kernbotschaft der Konferenz lautet, gemeinsame Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft und Afghanistans unter dem Dach der Vereinten Nationen seien notwendig, um den *State-Building*-Prozess erfolgreich fortführen zu können. Der

deutschen Regierung ist es dabei wichtig, dass der Wiederaufbauprozess verstärkt in afghanische Hände übergehe.

**18./19. Mai** [Regionale Afghanistan-Konferenz](#) (Doha I) für Sicherheit und Polizeizusammenarbeit in Doha, Katar, unter dem gemeinsamen Vorsitz von Deutschland, Afghanistan, der UN und dem Gastgeber Katar. Thema der Konferenz ist die Verbesserung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit.

**27. Mai** Die afghanische Regierung verabschiedet ein [Wahlgesetz](#). Das Wahlgesetz sieht das Single Non-Transferable Vote, eine Wahl auf reiner Personenbasis, vor. Es schließt de facto politische Parteien aus, so dass Kandidaten nicht über Parteien sondern als unabhängige Kandidaten antreten.

**29. Juni** [Nato-Gipfel in Istanbul](#): Die NATO beschließt die stufenweise Ausdehnung des ISAF-Einsatzes auf weitere Teile im Norden und Westen Afghanistans.

**Juli** Die Deutsch-Französische Brigade übernimmt die taktische Führung der Kabul Multinational Brigade KMNB (ISAF VI).

**7. August** Jean-Louis Py (Frankreich) wird COMISAF (Eurocorps, ISAF VI).

**1. September** Aufstellung des zweiten deutschen PRT Feyzabad im Nordosten Afghanistans.

**17. September** Der UN-Sicherheitsrat beschließt die Verlängerung des ISAF-Mandats um weitere 12 Monate ([UN Resolution 1563](#)).

**30. Oktober** Der Deutsche Bundestag verlängert den deutschen ISAF-Einsatz um ein weiteres Jahr. Die Mandatsobergrenze wird auf 2250 verringert. ([BT-Drucksache: 15/3710](#), [BT-Plenarprotokoll 15/129](#))

**9. Oktober bis 3. November** [Erste Präsidentschaftswahl: Präsident Karsai wird im ersten Wahlgang mit 55,4 Prozent der Stimmen zum Präsidenten Afghanistans](#) gewählt. Die Wahlbeteiligung ist mit 8 Millionen sehr hoch; der Anteil der Frauen an der Wahlbevölkerung beträgt 41 Prozent. Allerdings ist noch kein nationaler Zensus durchgeführt, so dass die Wählerlisten unzuverlässig sind und gefälscht werden können.

**12. November** Der Deutsche Bundestag beschließt die Verlängerung des OEF-Mandats. ([BT-Drucksache 15/4032](#))

**23. Dezember** Präsident Karsai stellt sein neues Kabinett vor; es wird um vier Ministerien auf 27 reduziert. Ein neues Ministerium gegen den Opiumanbau wird eingerichtet. Die heterogene Zusammensetzung lässt neue Richtungskämpfe erwarten.

## 2005

**Februar** Das United Nations Development Programme (UNDP) legt den ersten National Human Development Report 2004 [Security with a Human Face: Changes and Responsibilities](#) vor, der sich allerdings auf keine gesicherte Datenbasis stützt. Afghanistan ist eines der unterentwickeltesten Länder der Erde mit einer Analphabetenrate von 70 Prozent. Der Report zeigt auf, welche Anstrengungen die internationale Gemeinschaft im Bereich der „menschlichen Entwicklung“ (Bildung, Gesundheit, Armut) unternehmen muss, um Afghanistan langfristig zu stabilisieren.

**13. Februar** Ethem Erdagi (Türkei) wird COMISAF (NATO Rapid Deployable Corps, NRDC-T, ISAF VII).

**14. Februar:** Präsident Karsai erlässt per Dekret ein neues Wahlgesetz ([Electoral Law](#)). Dieses sieht unter Artikel 61 die Einrichtung einer Wahlbeschwerdekommission ([Electoral Complaints Commission \(ECC\)](#)) vor, die als unabhängige Instanz Wahlbetrug und Wahlfälschung ahndet und bei diesem Wahlgang unter internationaler Leitung steht. Die ECC ist nicht Teil der in der afghanischen Verfassung vorgesehenen [Independent Election Commission \(IEC\)](#).

**22. Februar** [NATO-Gipfeltreffen in Brüssel](#): Die NATO beschließt die Ausgestaltung der ISAF-Erweiterung in den Westen Afghanistans. In Herat und drei weiteren Städten im Westen Afghanistans sollen Wiederaufbauteams in den Regionen (PRTs) den zivilen Aufbau schützen.

**Anfang März** Die Kontroverse über Einschränkungen des afghanischen Mediengesetzes beginnt.

**23. Mai** Unterzeichnung der [Joint Declaration of the United States-Afghanistan Strategic Partnership](#) von Präsident George W. Bush und Präsident Hamid Präsident Karsai.

**7. Juli** Das Programm zur Entwaffnung und Reintegration von Milizen (DDR) wird beendet. Obwohl international als Erfolg dargestellt, wird seine Wirkung bezweifelt.

**30. Juli** Die Bundeswehr übernimmt das Kommando über die ISAF im Norden Afghanistans: Brigadegeneral Bernd Kiesheyer wird erster Regional Area Coordinator (RAC, später RC North bzw. Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord (RC-N)). Der RAC koordiniert die zivil-militärischen Aktivitäten der zugeordneten PRTs.

**4. August** General Mauro del Vecchio (Italien) wird COMISAF (NRDC-IT, ISAF VIII).

**13. September** Der Sicherheitsrat der UN verlängert das Mandat der ISAF um weitere zwölf Monate ([UN Resolution 1623](#)).

**28. September** Der Deutsche Bundestag verlängert den deutschen ISAF-Einsatz um ein weiteres Jahr. Die Mandatsobergrenze wird von 2250 auf 3000 erhöht. Deutsche Soldaten dürfen künftig auch außerhalb Kabuls und dem Norden Afghanistans eingesetzt werden. Darüber hinaus dürfen deutsche Soldaten „in der ISAF-Region West sowie im Zuge der weiteren ISAF-Ausdehnung in anderen Regionen für zeitlich und im Umfang begrenzte Unterstützungsmaßnahmen eingesetzt werden, sofern diese Unterstützungsmaßnahmen zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar sind.“ ([BT-Drucksache 15/5996](#), [BT-Plenarprotokoll 15/187](#))

**18. September** In Afghanistan werden erstmals seit über 30 Jahren Parlaments- und Provinzrätewahlen abgehalten. Die [Wolesi Jirga](#) (Unterhaus oder *Haus des Volkes*), [Meshrano Jirga](#) (Oberhaus oder *Haus der Älteren*) und 34 Provinzräte werden gewählt. Parteien sind zur Wahl nicht zugelassen. 6000 Kandidaten, davon 10 Prozent Frauen, treten als Unabhängige an. Eine Frauenquote von mindestens 25 Prozent bzw. 68 Parlamentarierinnen für beide Kammern wurde in der afghanischen Verfassung verankert.

**8. Oktober** Erste Wahlergebnisse werden veröffentlicht. Der Verdacht auf umfassende Wahlmanipulation erhärtet sich. Die Bekanntgabe der Wahlergebnisse wird bis zum 12. November fort dauern.

**8. November** Der Deutsche Bundestag beschließt die Verlängerung des OEF-Mandats. ([BT-Drucksache 16/26](#))

**12. November** Veröffentlichung des [Wahlergebnisses](#).

**8. Dezember** Treffen der NATO-Außenminister in Brüssel: In zwei Schritten soll das [ISAF-Einsatzgebiet](#) auf den Süden (ab Juli 2006) und den Osten des Landes (ab Herbst 2006) ausgedehnt werden.

**19. Dezember** Das neu gewählte afghanische Parlament konstituiert sich zu seiner ersten Sitzung. Mit 249 Mandatsträgern spiegelt es die Heterogenität der ethnischen Struktur des Landes: Die Paschtunen stellen mit 110 Parlamentariern (44 Prozent) die größte ethnische Fraktion. Die Tadschiken sind zweitstärkste Gruppe mit 66 Mandaten (27 Prozent), und die Hasara und Usbeken verfügen über jeweils 10 Prozent und 8 Prozent der Mandate. Der Rest verteilt sich auf die kleinen ethnischen Bevölkerungsgruppen, u.a. Turkmenen, Sadat usw. Zehn der Mandate erhalten die (meist paschtunischen) nomadischen Kuchis. Vor diesem Hintergrund wird die Kabinettsbildung für Präsident Karsai sichtlich erschwert werden, da er auf eine angemessene Vertretung der Volksstämme achten muss.

## 2006

**31. Januar/1. Februar** Londoner Afghanistan-Konferenz: Verabschiedung des [Afghanistan Compact](#), auch „Afghanistan-Vertrag“ genannt, der die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft für die zweite Phase des Wiederaufbaus (2006-2010) in den Bereichen (1) Sicherheit, Governance/Rechtsstaatlichkeit/Menschenrechte, (3) wirtschaftliche und soziale Entwicklung und (4) Drogenbekämpfung ist. Die Geberländer sichern Afghanistan Wiederaufbauhilfen in Höhe von 10 Mrd. US Dollar zu.

**28. Februar** [Eröffnung](#) der Doha-II-Konferenz "Grenzmanagement in Afghanistan – Eine regionale Annäherung" in Katar unter dem Vorsitz von Deutschland, Afghanistan und den UN. Sie setzt den auf der Doha-I-Konferenz im Mai 2004 eingeleiteten Prozess der Vereinheitlichung regionaler Polizeistrukturen auf nationaler Ebene fort. Afghanistan wird künftig bei seiner Grenzsicherung stärker mit den Nachbarstaaten China, Iran und Pakistan zusammen arbeiten und den Ausbau der Grenzpolizei in internationaler Zusammenarbeit fortsetzen.

**10. April** Brigadegeneral Markus Kneip löst General Kiesheyer als Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord (RC-N) ab.

**20. April** Rangin Dadfar-Spanta wird neuer Außenminister. Er war seit Januar 2005 außenpolitischer Berater Präsident Karsais. Spanta erhielt 1982 in Deutschland politisches Asyl und war bei den Bündnisgrünen aktiv sowie für das Bündnis der im Exil aktiven Demokratischen Allianz für Afghanistan.

**2. Mai** Die Umbildung des afghanischen Kabinetts dauert an. Zunächst werden nur 20 Minister vereidigt, weil das Unterhaus (Wolesi Jirga) die Kandidaten von Präsident Karsai abgelehnt hatte. Der anhaltende Machtkampf mit dem Parlament veranlasst Präsident Karsai, fortan politische Händel mit einflussreichen Parlamentariern einzugehen. Dadurch werden die neuen staatlichen Organe geschwächt und die Korruption gefördert.

**4. Mai** Inkraftsetzung des ISAF Operationsplan 10302 zur ISAF-Erweiterung auf Gesamt-Afghanistan.



**5. Mai** General David J Richards (UK) wird COMISAF (Headquarters Allied Rapid Reaction Corps, ISAF IX).

**2. Juni** Beginn der Errichtung des Camp Marmal in Masar-i-Sharif. Es ist das Hauptquartier des Regionalkommandos Nord der ISAF und steht unter deutscher Führung. Mit 1000 deutschen Soldaten ist es das größte Bundeswehr-Feldlager im Ausland.

**12. Juni** Das National Security Directorate (NSD), Afghanistans Sicherheitsdirektorat bzw. inländischer Geheimdienst, veröffentlicht eine [Direktive für afghanische Journalisten](#), in der die Berichterstattung über die kritische Sicherheitslage in Afghanistan verboten wird.

**5. Juli** Zweite [Afghanistan-Konferenz in Tokyo](#): Bewertung des Entwaffnungs- und Abrüstungsprogramms „Disarmament, Demobilization & Reintegration“ (DDR) und dessen Anschlussprogramms „Disarmament of Illegal Armed Groups“ (DIAG).

**7. August** Die Umbildung des afghanischen Kabinetts ist abgeschlossen. Die von Präsident Karsai vorgeschlagenen Minister stellen sich für die neue Regierung dem Parlament zur [Vertrauensabstimmung](#). Alle 25 Minister werden vom Parlament bestätigt.

**14. August** Das deutsche [Operational Mentoring and Liaison Team](#) (OMLT) Kundus wird als erstes nicht amerikanisches Team offiziell durch die amerikanischen Streitkräfte zertifiziert. OMLTs fungieren als Ausbilder bei dem Aufbau der afghanischen Streitkräfte (ANA).

**6. September** Kabul: NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer und Präsident Karsai unterzeichnen ein Abkommen zur Verbesserung von Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan ([Declaration by the North Atlantic Treaty Organisation and the Islamic Republic of Afghanistan](#)).

**12. September** Der Sicherheitsrat der UN verlängert das Mandat der ISAF um weitere zwölf Monate ([UN Resolution 1707](#)).

**12. September** Die deutsche Bundesregierung legt ihr überarbeitetes [Afghanistan-Konzept](#) vor. Die bisher geleistete Unterstützungsarbeit wird überprüft, Defizite herausgestellt und der Handlungsbedarf für die kommenden Jahre aufgezeigt. Betont werden die Langfristigkeit des deutschen und internationalen Engagements, die Notwendigkeit einer engen Koppelung zwischen militärischer Stabilisierung und zivilem Wiederaufbau und die Förderung der afghanischen Eigenverantwortung.

**28. September** Der Deutsche Bundestag verlängert den deutschen ISAF-Einsatz um ein weiteres Jahr. ([BT-Drucksache 16/2573](#), [BT-Plenarprotokoll 16/54](#))

**30. September:** Schwere Anschlag vor dem Innenministerium in Kabul. Es sterben zwölf Menschen; Dutzende werden verletzt. Unter den Toten sind drei Mitarbeiter des Innenministeriums.

**12. Oktober** Brigadegeneral Volker Barth wird Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord (RC-N) der ISAF-Truppen.

**10. November** Der Deutsche Bundestag beschließt die Verlängerung des OEF-Mandats. ([BT-Drucksache 16/3150](#))

**28./29. November** [NATO-Gipfel in Riga](#): Hauptthemen sind die Lage in den ISAF-Einsatzgebieten in Afghanistan und die weitere Entwicklung des Bündnisses. [Bundeskanzlerin Angela Merkel](#) unterstreicht den umfassenden zivil-militärischen Ansatz Deutschlands für Afghanistan ([Konzept der „Vernetzten Sicherheit“](#)).

## 2007

**31. Januar bis 20. Februar** Ober- und Unterhaus Afghanistans beschließen eine Resolution zur nationalen Versöhnung (National Reconciliation, General Amnesty and National Stability Law): „Alle Kriegsgegner von einst sollen einander vergeben und nicht mit rechtlichen Mitteln belangt werden. (...) Keine Gruppe oder politische Partei soll von der Amnestie ausgeschlossen werden.“ Die Resolution ist ein Verstoß gegen die afghanische Verfassung, da Afghanistan zu den Unterzeichnern der Genfer Konvention zählt, die allen Staaten auferlegt, Kriegsverbrechen zu ahnden und Kriegsverbrecher strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen. Die Resolution wird erst im Januar 2010 veröffentlicht.

**4. Februar** General Dan K. McNeill (USA) wird COMISAF (ISAF X).

**27. Februar** Brigadegeneral Josef D. Blotz wird Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord (RC-N).

**März** Das 2005 von Präsident Karsai per Dekret erlassene Mediengesetz ist überarbeitet und vom Parlament bestätigt worden. Die Regierung wird zukünftig die Kontrolle über die Medien ausüben. Das Prinzip der Pressefreiheit wird islamischen Prinzipien untergeordnet. Die staatliche Radio- und Fernsehanstalt wird in das Ministerium für Information und Kultur (später Ministerium für Kultur und Jugend) eingegliedert.

**9. März** Der Bundestag erteilt das [Mandat, sechs Aufklärungsflugzeuge \(Typ RECCE-Tornados\)](#) und 500 zusätzliche Bundeswehr-Soldaten nach Afghanistan zu entsenden. (BT-Drucksache 16/4298). Der Tornado ist ein Kampfflugzeug, das in der "Recce"-Version zur Aufklärung und Überwachung eingesetzt wird (RECCE: "Reconnaissance" für "Wiedererkennung). Der Einsatz der Tornados ist in Deutschland umstritten, da die Aufnahmen der Flugzeuge für Bombenangriffe US-amerikanischer oder britischer Kampfflieger im Süden Afghanistans genutzt werden könnten.

**19. Mai** Bei einem Selbstmordanschlag in Kundus werden drei Bundeswehrsoldaten und fünf afghanische Zivilisten getötet; fünf deutsche Soldaten werden verletzt.

**15. Juni** Die europäische Polizeimission „European Union Police Mission in Afghanistan“ ([EUPOL Afghanistan](#)) wird etabliert. Deutschland stellt für [EUPOL](#) den Leiter und kündigt an, bis zu 60 Polizisten und Polizistinnen bereit zu stellen. Damit will Deutschland das größte Kontingent stellen. Ziel von EUPOL ist es, die unter deutscher Führung begonnene und nur mäßig erfolgreiche Reform der afghanischen Polizei voranzutreiben, die Justiz in Afghanistan aufzubauen, Richter und Strafverteidiger auszubilden und die Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft zu verbessern. Ein bilaterales deutsches Polizeiprojektteam (German Police Project Team/GPPT) soll im Umfang von bis zu zehn Polizisten erhalten bleiben, um vor allem im Norden Afghanistans Bau- und Ausstattungsprojekte abwickeln zu können.

**2./3. Juli** Die [Afghanistan-Justizkonferenz in Rom](#) diskutiert die Kernpunkte der Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan. Es werden umfassende [Reformstrategien](#) des Justizministeriums, des Obersten Gerichts und der Generalstaatsanwaltschaft vereinbart, doch gestaltet sich deren Umsetzung als schwierig.

**1. August** Brigadegeneral Dieter Warnecke übernimmt das Amt des Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord (RC-N).

**5. September** Die Bundesregierung veröffentlicht eine [Überarbeitung des Afghanistan-Konzepts](#), eine Kooperation von Auswärtigem Amt, Innen-, Verteidigungsministerium und

BMZ. Das Konzept betont die Zusage zum deutschen Bundeswehr-Einsatz inklusive der Beteiligung an der Anti-Terror-Operation Enduring Freedom (OEF).

**19. September** Der Sicherheitsrat der UN verlängert das Mandat der ISAF um weitere zwölf Monate ([UN Resolution 1776](#)).

**12. Oktober** Der Deutsche Bundestag verlängert den deutschen ISAF-Einsatz um ein weiteres Jahr und beschließt die Zusammenlegung der bisher getrennten Bundestagsmandate für ISAF sowie den Tornado-Einsatz. Sie werden in einem Mandat zusammengeführt, das alle Beiträge beinhaltet, die Deutschland im Rahmen von ISAF leistet. ([BT-Drucksache 16/6460](#))

**6. November** Bei einem Selbstmordattentat auf eine afghanische Delegation von Parlamentariern im nördlichen Baghlan, die eine mit deutscher Hilfe aufgebaute Zuckerfabrik besuchen, werden Dutzende getötet, darunter der führende Oppositionspolitiker Mostafa Kasemi und viele Kinder; viele Menschen werden überdies schwer verletzt. Die Zuckerfabrik gilt als Vorzeigeprojekt deutscher Entwicklungshilfe in Afghanistan.

**15. November** Die UNDP legt aufbauend auf dem Report von 2004 den zweiten Afghanistan Human Development Report [Bridging Modernity and Tradition: Rule of Law and the Search for Justice](#) vor.

**15. November** Der Deutsche Bundestag beschließt die Verlängerung des OEF-Mandats. ([BT-Drucksache 16/6939](#), [BT-Plenarprotokoll 16/126](#))

## 2008

**9. Januar** Brigadegeneral Dieter Dammjacob wird Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord (RC-N).

**14. Januar** Bei einem Anschlag auf das Kabuler Luxushotel Serena sterben sechs Menschen, darunter auch ein norwegischer Journalist. Ziel des Anschlags ist der norwegische Außenminister Jonas Gahr Støre, der in dem Hotel an einer Konferenz teilgenommen hatte. Die Taliban kündigen weitere Anschläge auf Ausländer und ISAF-Soldaten an.

**23. Februar** Das deutsche PAT (Provincial Advisory Team) Taloqan nimmt seine Arbeit auf. Es ist eine zivil-militärische Außenstelle des übergeordneten PRT in Kundus.

**2. bis 4. April** [NATO-Gipfel in Bukarest](#): Einigung auf die Ankündigung eines politisch-militärischen Strategieplans für Afghanistan. Kernpunkte von „[ISAF's Strategic Vision](#)“: Die internationale Gemeinschaft wird sich langfristig und beständig engagieren, Afghanistan soll mehr Führung und Verantwortung übernehmen, zivile und militärische Einsätze werden verbunden und die Zusammenarbeit mit Nachbarländern, wie Pakistan, wird ausgebaut.

**21. April** Die afghanische Regierung legt eine auf fünf Jahre angelegte [Nationale Entwicklungsstrategie](#) (ANDS/ Afghanistan National Development Strategy) vor. Die auf den drei Säulen basierende Strategie (1. Sicherheit, 2. Governance, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sowie 3. wirtschaftliche und soziale Entwicklung) gilt als zentrales Konzept für die Zukunft des Landes.

**3. Juni** General David D. McKiernan (USA) wird COMISAF (ISAF XI).

**12. Juni** [Pariser Afghanistan-Konferenz](#): Regierungsvertreter sagen Wiederaufbauhilfen in Höhe von 20 Mrd. US Dollar zu und unterstützen den Wiederaufbauplan für Afghanistan (ANDS). Der deutsche Beitrag zum zivilen Wiederaufbau summiert sich für den Zeitraum 2002 bis Dezember 2009 auf über 1,3 Mrd. Euro. Außenminister Frank Walter Steinmeier fasst die Ergebnisse der Konferenz in einer [Regierungserklärung](#) zusammen.

**1. Juli** Die Bundeswehr löst Norwegen mit der schnellen Eingreiftruppe [Quick Reaction Force](#) (QRF) des ISAF-Regionalkommandos Nord in Afghanistan ab. Die QRF umfasst 205 deutsche Soldaten.

**9. Juli** Brigadegeneral Jürgen Weigt wird Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord (RC-N).

**27. August** Ein deutscher Soldat stirbt bei einem Anschlag südlich des Lagers von Kundus. Drei weitere Bundeswehrsoldaten werden leicht verletzt.

**9. September** Die Bundesregierung legt ihr aktualisiertes [Afghanistan-Konzept](#) vor, das die Eckpunkte für das fortgesetzte deutsche Engagement in Afghanistan beschreibt.

**22. September** Der Sicherheitsrat der UN verlängert das Mandat der ISAF um weitere zwölf Monate ([UN Resolution 1833](#)).

**16. Oktober** Der Deutsche Bundestag verlängert den deutschen ISAF-Einsatz um ein weiteres Jahr. Die deutsche Mandatsobergrenze wird auf 4500 erhöht. ([BT-Drucksache 16/10473](#), [BT-Plenarprotokoll 16/183](#))

**20. Oktober** Bei einem Anschlag außerhalb des Bundeswehrlagers in Kundus werden zwei deutsche Soldaten und fünf afghanische Kinder getötet.

**29. Oktober** Das Bundeskabinett beschließt die weitere Beteiligung an „Operation Enduring Freedom“ (OEF). Die Beteiligung bezieht sich auf Bundeswehreinsätze außerhalb Afghanistans, während die Bereitstellung von Kräften für Afghanistan im Rahmen von OEF beendet wird. ([BT-Drucksache 16/10720](#))

**3. Dezember** NATO-Außenministertreffen in Brüssel: Die NATO bekräftigt ihr [langfristiges Engagement](#), die afghanische Regierung beim Aufbau eines stabilen und demokratischen Afghanistan zu unterstützen .

**30. Dezember** COMISAF David McKiernan legt seine [COMISAF Taktische Direktive](#) vor. McKiernan unterstreicht die Bedeutung der Zusammenarbeit mit afghanischen Sicherheitskräften (Konzept des „Partnering“) bei der Bekämpfung von Aufständischen. Oberstes Gebot sei, dem afghanischen Volk, seiner Kultur und Religion respektvoll zu begegnen und zum Leitprinzip allen Handelns zu erklären “on and off the battlefield.”

## 2009

**3. Januar** Generalmajor Hans-Lothar Domröse übergibt seinen Posten als Chef des Stabes der ISAF im Hauptquartier Kabul an den italienischen Generalmajor Marco Bertolini.

**10. Januar** Brigadegeneral Jörg Vollmer löst General Weigt als Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord (RC-N) ab.

**17. Januar** Vor der Deutschen Botschaft in Kabul sterben bei einem Selbstmordanschlag der Taliban fünf Zivilisten, 28 weitere werden teils schwer verletzt.

**10. Februar** Taliban verüben schwere Anschläge auf zivile und Regierungsgebäude in Kabul. Mindestens 27 Menschen, darunter auch die acht Attentäter, werden getötet und Dutzende verletzt. Es sind die bislang folgenreichsten Angriffe Aufständischer auf die Regierung Präsident Karsais.

**16. Februar** Bundesaußenminister Steinmeier ernennt einen Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, den bisherigen deutschen Botschafter in Indien, Bernd Mützelburg. Der Sonderbeauftragte soll die diplomatischen Aktivitäten in der Region konzentrieren und verstärken. Mit der Ernennung kommt Bundesaußenminister Steinmeier einer Bitte des neuen US-Sondergesandten für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, nach. Mützelburg wird hochrangiger Ansprechpartner für Holbrooke und die internationale Gemeinschaft.

**27. März** Erste [Rede Obamas zu einer neuen Afghanistan-Pakistan-Strategie](#): Zu den Kernpunkten zählen die umfangreiche Aufstockung der westlichen Truppen und die Ausweitung der Kampfzone nach Pakistan (Al-Qaida-Bekämpfung), das Schlagwort lautet „Afghanisierung“ und meint die Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Streitkräfte (ANA) bis 2014. Betont wird außerdem die Bedeutung des zivilen Wiederaufbaus.

**31. März** Afghanistan-Konferenz in Den Haag: Das internationale Engagement in Afghanistan wird bekräftigt und die Konfliktlösung durch Stabilisation der Region betont. Pakistan soll stärker einbezogen, zivile Hilfe verstärkt geleistet werden.

**3./4. April** [NATO-Gipfel in Straßburg/Kehl](#): Beschluss einer unter NATO stehenden Ausbildungsmission für die afghanische Armee und Polizei (NATO Training Mission Afghanistan) und Einbindung Pakistans bei der Lösung des Konflikts.

**April /Juni** Nordwestlich von Kundus kommt im April ein deutscher Soldat ums Leben, als eine Patrouille des PRT in einen Hinterhalt gerät. Vier weitere deutsche Soldaten werden verletzt. Drei Bundeswehrsoldaten, die an einem gemeinsamen Einsatz mit afghanischen Sicherheitskräften teilgenommen hatten, sterben im Juni bei einem Gefecht mit Aufständischen.

**7. Mai** Das deutsche Verteidigungsministerium teilt die Festnahme von Abd al-Racik, einem hochrangigen Taliban-Kommandeur, mit. Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) und afghanische Sicherheitskräfte sollen ihn im nordafghanischen Hochgebirge in der Provinz Badakhschan festgenommen haben. Abd al-Racik wird verdächtigt, an Anschlägen gegen die Bundeswehr, ausländische ISAF-Truppen sowie afghanische Sicherheitskräfte beteiligt gewesen zu sein.

**11. Mai** Vorzeitige Ablösung des Oberbefehlshabers der US-Streitkräfte in Afghanistan, General David McKiernan, durch General Stanley McChrystal.

**12. Juni** Der Nordatlantikrat beschließt den Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen von ISAF. AWACS sind Radarflugzeuge und dienen zur luftgestützten Luftraumaufklärung und – Überwachung. (AWACS: „ Airborne Warning and Control System“/ „luftgestütztes Frühwarn- und Kontrollsystem“). [Die NATO verfügt über 17 AWACS-Flugzeuge](#), die im nordrhein-westfälischen Geilenkirchen stationiert sind.

**15. Juni** General Stanley A. McChrystal (USA) wird COMISAF (ISAF XII).

**2. Juli** Der Deutsche Bundestag stimmt der Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der NATO-geführten ISAF zu: „NATO-AWACS-Flugzeuge sollen die Koordinierung des gesamten militärischen Flugverkehrs unter Berücksichtigung ziviler Nutzer sowie Aufgaben zur Unterstützung von Luftoperationen übernehmen.“

[\(BT-Drucksache 16/13377\)](#) (Anm: Das Mandat lief am 13. Dezember 2009 aus, da die NATO-AWACS wegen fehlender Stationierungsabkommen bzw. Überfluggenehmigungen bislang nicht eingesetzt werden konnten).

**3. Juli** Das [Bundesverfassungsgericht](#) beurteilt den Tornado-Einsatz in Afghanistan als grundgesetzkonform. Die Fraktion DIE LINKE hatte im März Organklage vor dem Bundesverfassungsrecht eingereicht.

**6. Juli** COMISAF McChrystal überarbeitet die COMISAF [Taktische Direktive](#), stellt sie aber nicht in ihrem ganzen Umfang der Öffentlichkeit vor. In den Hauptauszügen heißt es, vorrangiges Ziel der ISAF müsse sein, die Menschen zu schützen und zivile Opfer zu vermeiden, um so das Vertrauen des afghanischen Volkes zu erlangen. Luftangriffe, die immer wieder zivile Opfer forderten, sollten deutlich verringert werden. Die Kernbotschaft lautet: „Wir müssen die Falle vermeiden, taktische Siege zu erzielen – während wir gleichzeitig strategische Niederlagen erleiden, indem wir zivile Opfer oder exzessive Schäden verursachen und damit das Volk verprellen.“

**20. August** Präsidentschafts- und Provinzwahlen: Die Wahlen werden durch die Taliban erschwert. Der Verdacht auf systematische Wahlmanipulationen aller Kandidaten, aber vor allem Präsident Karsais, erhärtet sich. Der Wahlprozess wird drei Monate andauern.

**26. August** Der Oberbefehlshaber der NATO General McChrystal fasst die Grundlagen der Counterinsurgency-Strategie in Afghanistan in der [COIN-Guidance](#) zusammen: „Auftrag ist der Schutz der Bevölkerung“.

**30. August** Der Oberbefehlshaber der NATO General McChrystal warnt in seinem ["Commander's Initial Assessment"](#) die US-Regierung vor einem Scheitern des Afghanistan-Einsatzes und plädiert für eine umfangreiche Aufstockung der Truppen.

**4. September** Bei einem von Bundeswehroberst Klein befohlenen [US-Luftangriff auf zwei Tanklaster in der nordafghanischen Provinz Kundus](#) werden bis zu 142 Afghanen getötet. In diesem Zusammenhang erfährt die deutsche Öffentlichkeit von der Existenz der TaskForce47, die mit 120 Soldaten seit Oktober 2007 in Kundus im Einsatz ist. Der Bundeswehroberst hatte die Bombardierung aus dem Gefechtsstand der Task Force heraus geleitet.

**3. Oktober** Brigadegeneral Jürgen Setzer wird Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord (RC-N).

**8. Oktober** Der Sicherheitsrat der UN verlängert das Mandat der ISAF um weitere zwölf Monate ([UN Resolution 1890](#)).

**21. Oktober** Seit Beginn des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr ist die durchschnittliche Stärke der Bundeswehr von Jahr zu Jahr angestiegen. Bis 2005 blieb im Jahresmittel die Stärke unter 2.000 Soldaten und Soldatinnen. Eine deutliche Vergrößerung des Bundeswehrkontingents erfolgt 2006 mit 2.708 Soldaten, 2009 sind es bereits 4.311. ([BT Drucksache 16/14157, Frage 63, S. 53](#))

**23. Oktober** Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Bratislava: Beschluss des Strategischen Konzepts für die [ISAF-Phase 4 \(Übergang\)](#).

**2. November** [Umstrittener Wahlsieg Präsident Karsais](#): Nachdem die Wahlbeschwerdekommission ([ECC](#)) massive Unregelmäßigkeiten aufgedeckt und rund ein Drittel der fünf Millionen abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt hatte, musste die Wahlkommission (IEC) Präsident Karsais offizielles Wahlergebnis auf unter 50 Prozent der

Stimmen senken. Dadurch wurde eine Stichwahl notwendig, auf die der Gegenkandidat Dr. Abdullah Abdullah jedoch später verzichtete, weil er erneute systematische Wahlfälschung befürchtete. Letztlich bestätigte Präsident Karsai zwar Wahlmanipulationen, machte dafür jedoch die UN und EU verantwortlich.

In dem dreimonatigen, von zahlreichen Kontroversen belasteten Auszählungsprozess, griffen die UNAMA unter der Leitung des UN-Sonderbeauftragten Kai Eide, die US-Botschaft und COMISAF McChrystal in verdeckter Form ein. Insbesondere die USA brauchten eine Wahlentscheidung, damit Präsident Obama über General McChrystals Gesuch um Truppenaufstockung entscheiden konnte, denn für die Umsetzung der US-COIN-Strategie war die Kooperation des afghanischen Präsidenten notwendig.

Es ist zudem ein folgenschwerer Monat in Kabul: Ein Selbstmordanschlag auf die indische Botschaft in Kabul fordert zwölf Tote. Beim Angriff von Aufständischen auf ein Gästehaus der Vereinten Nationen sterben sechs ausländische UN-Mitarbeiter.

**6. November** Verteidigungsminister zu Guttenberg nennt den US-Luftangriff auf die Tanklaster bei Kundus "militärisch angemessen".

**19. November** Präsident Karsai wird offiziell vereidigt und tritt seine zweite Amtszeit als [Präsident](#) an. In seiner Rede zur Amtseinführung nennt er in sechs Punkten diejenigen Vorhaben, die die USA, die UN und die internationale Gemeinschaft auf der anschließenden Londoner Afghanistan-Konferenz im Januar 2010 zu neun Punkten erweitern. Kern der mit den USA abgestimmten Vereidigungsrede ist Präsident Karsais Ankündigung, dass zum Ende seiner zweiten Amtszeit im Jahr 2014 die afghanische Regierung die Sicherheitsverantwortung für das ganze Land übernehmen werde. Damit ist das Startsignal für den in London beschlossenen „Übergabeprozess“ gegeben.

**1. Dezember** Zweite [Rede Obamas zu einer neuen Afghanistan-Pakistan-Strategie](#): US-Truppen sollen um weitere 30.000 Soldaten im Jahr 2010 auf insgesamt 100.000 US-Soldaten aufgestockt und der Einsatz von Spezialeinheiten und Drohnen gegen Al-Qaida im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet verstärkt werden. Zugleich kündigt Obama den Beginn der US-Truppenreduzierung für Juli 2011 an.

**3. Dezember** Der Deutsche Bundestag verlängert den deutschen ISAF-Einsatz um ein weiteres Jahr. 4.440 Bundeswehrsoldaten befinden sich aktuell in Afghanistan. ([BT-Drucksache 17/39](#), [Plenarprotokoll 17/9](#))

**3./4. Dezember** NATO-Außenministertreffen in Brüssel: [Abschlussklärung zu Afghanistan](#).

**5. Dezember** Brigadegeneral Frank Leidenberger wird Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord (RC-N).

**17. Dezember** Der [jüngste Bericht](#) der "United Nations Office on Drugs and Crime" (UNODC) kommt zu dem Schluss, dass etwa 75 Prozent der Profite aus dem Drogenhandel in Afghanistan von Regierungsmitarbeitern eingestrichen werde.

## 2010

**2. Januar** Das afghanische Parlament lehnt 17 der 24 von Präsident Karsai vorgeschlagenen Kabinettsmitglieder ab. In einem weiteren Wahlgang am 16. Januar werden wiederum zehn von 17 Nominierungen abgelehnt. Besonders vehement ist der Widerstand gegen Energieminister Khan, einem ehemaligen Kriegsfürsten aus Herat. Die Kandidaten werden unter anderem mit dem Vorwurf der ethnischen Favorisierung und der Klientelpolitik mächtiger Regionalfürsten abgelehnt, aber auch Korruption und Bestechung

beeinflussen das Abstimmungsverhalten. Letztlich spiegeln sich darin die Machtkämpfe zwischen Präsident Karsai, verschiedenen Regionalfürsten und wenigen mutigen Reformkräften in dem intern zerstrittenen Parlament wider. Neuer Außenminister wird Dr. Zalmai Rasul, vormals nationaler Sicherheitsberater Präsident Karsais, der als ein schwacher Administrator aber treuer Gefolgsmann Präsident Karsais gilt. Zehn der insgesamt 24 Kabinettsmitglieder bleiben unbesetzt. Das wird vom Präsidenten wie auch von den USA und der internationalen Gemeinschaft akzeptiert, weil es ihnen primär darum geht, dass vor der bevorstehenden Londoner Afghanistan-Konferenz ein Rumpfkabinett gebildet und die Kernministerien mit fähigen Ministern besetzt werden. Dagegen wird hingenommen, dass Ministerien unter der Leitung eines lediglich „geschäftsführenden Ministers“ meistens ineffektiv arbeiten, weil in den hierarchischen Strukturen Afghanistans der politisch verantwortliche „Kopf“ fehlt.

**22. Januar** Die SPD-Fraktion legt auf der Afghanistan-Konferenz ihr [Positionspapier](#) vor: „Stärkung des zivilen Engagements und des wirtschaftlichen Aufbaus - Stärkung der afghanischen Sicherheitskräfte - Zur Dauer und Perspektive des deutschen Afghanistan-Engagements“.

**25. Januar** Die Bundesregierung verabschiedet ihre Afghanistan-Konzeption unter dem Leitmotiv [„Übergabe in Verantwortung“](#): Kernpunkte sind die verstärkte Ausbildung für Armee und Polizei, eine fast auf das doppelte Volumen erhöhte zivile Wiederaufbauhilfe und die Beteiligung an einem internationalen Fonds zur Reintegration von Kämpfern der aufständischen Gruppen.

**28. Januar** Auf der [Londoner Afghanistan-Konferenz](#) wird eine neue Strategie für das internationale Engagement in Afghanistan festgelegt, die im Wesentlichen die Programmpunkte von Präsident Karsais Rede vom 19. November 2009 durch die internationale Gemeinschaft bestätigt. Finanzhilfen und ausländische Truppen sollen aufgestockt und die afghanische Regierung befähigt werden, schrittweise die Sicherheitsverantwortung für einzelne Provinzen bzw. Regionen zu übernehmen. Ein Aussteigerprogramm für Taliban-Kämpfer soll umgesetzt werden. Die Strategie soll den Beginn des internationalen Truppenabzugs ab Mitte 2011 ermöglichen.

**22. Februar** Präsident Karsai erlässt ein [Wahlgesetz](#), das ihm im Notfall ermöglicht, Wahlrechtsveränderungen vorzunehmen, um so die Kontrolle über die Wahlkommission (IEC) und die Wahlbeschwerdekommission (ECC) sicherzustellen und Kandidaturen für das neue Parlament und dessen Zusammensetzung zu beeinflussen. Das Dekret wird im April vom Unterhaus (Wolesi Jirga) gekippt, das Oberhaus (Meshrano Jirga) lässt das Gesetz jedoch stillschweigend rechtskräftig werden. Seine Mitglieder sind von dem Gesetz nicht betroffen, da sie ernannt und nicht gewählt werden. Mit dem neuen Wahlgesetz ist der Weg für die Parlamentswahlen im September geebnet.

**10. Februar** Bundesaußenminister Guido Westerwelle bezeichnet den Afghanistan-Einsatz in seiner [Regierungserklärung](#) erstmals als einen "bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts". (BT-Plenarprotokoll 17/22)

**26. Februar** Der Deutsche Bundestag beschließt die [Erhöhung der Mandatsobergrenze](#) von 4.500 auf 5.350 Soldaten. 350 davon sind als flexible Reserve vorgesehen. Truppenteile, die bisher in der "Quick Reaction Force" eingesetzt waren, sollen die Ausbildung von zwei Bataillonen der afghanischen Armee übernehmen. Das Mandat ist bis Ende Februar 2011 gültig. (BT-Drucksache 17/654; [BT-Plenarprotokoll 17/25](#))

**24. März** Das Bundeskabinett ernennt Michael Steiner zum neuen Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan. Michael Steiner war zuletzt Botschafter der Bundesrepublik



Deutschland in Italien und San Marino. Er löst den deutschen Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan Bernd Mützelburg ab.

**April** Folgenreicher Monat für die Bundeswehr: Drei deutsche Soldaten werden während einer Patrouille in der Nähe des PRT Kundus getötet, acht weitere verletzt. Bei Kampfhandlungen im Raum Baghlan werden vier deutsche Soldaten getötet, die mit schwedischen und belgischen Soldaten im Rahmen eines Operational Mentor and Liaison Teams ([OMLT](#)) unterwegs waren.

Der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan kostet seit Beginn in 2002 bis heute 43 deutschen Soldaten das Leben. 26 von ihnen werden bei Anschlägen und Gefechten getötet. Bundeskanzlerin Angela Merkel gedenkt in ihrer [Regierungserklärung](#) den im Einsatz in Afghanistan gefallenen deutschen Soldaten. Wikipedia dokumentiert die [„Zwischenfälle der Bundeswehr in Afghanistan“](#).

**2. April** Bundeswehr-Soldaten töten in der Nähe von Kundus irrtümlich sechs afghanische Soldaten, als sich zwei unbekannte Fahrzeuge einer Bundeswehreinheit nähern.

**22./23. April** NATO-Außenministertreffen in Tallinn: Beschluss über die [„NATO Afghan First Policy“](#), die sich zum Ziel setzt, die lokale Wirtschaft und das lokale Beschaffungswesen in Afghanistan zu unterstützen.

**18. Mai** Der Rat der Europäischen Union beschließt die Verlängerung der EUPOL-Mission in Afghanistan bis zum 31. März 2013.

**27. Mai** Laut einer [Studie des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung](#) (DIW) sind die bisherigen Kosten des deutschen Afghanistan-Einsatzes weitaus höher als von der Bundesregierung angegeben und belaufen sich auf bis zu 33 Milliarden Euro. Jedes weitere Jahr verursache Kosten in Höhe von 3 Mrd. Euro. Die Bundesregierung gibt für das Jahr 2010 Kosten in Höhe von 1,059 Milliarden Euro an.

**4. Juni** Präsident Karsai entlässt zwei hochrangige Kommissionsmitglieder der umstrittenen afghanischen Wahlkommission ([IEC](#)).

**6. Juni** Friedens-Jirga: 1600 Delegierte stimmen einem Friedens- und Versöhnungsplan zu, um mit den Taliban zu verhandeln. Die afghanische Regierung hatte im Vorfeld den Entwurf eines ["Friedens- und Reintegrationsprogramms"](#) (APRP) erarbeitet, das mit der Internationalen Gemeinschaft abgestimmt wurde. Taliban-Kämpfer greifen trotz strenger Sicherheitsmaßnahmen zum Auftakt die Friedens-Jirga mit Raketen an. Keiner der 1600 Delegierten wird verletzt; die Angreifer werden bei einem Feuergefecht mit Sicherheitskräften getötet. Die Taliban lehnen die Friedens-Jirga ab.

**7. Juni** Der Chef des afghanischen Geheimdienstes (NDS) Amrullah Saleh und der afghanische Innenminister Hanif Atmar treten von ihren Ämtern zurück, nachdem Präsident Karsai sie wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen der Friedens-Jirga zum Rücktritt aufgefordert hatte. Präsident Karsai wirft ihnen vor, keine zufriedenstellenden Erklärungen geliefert zu haben, wie es trotz scharfer Sicherheitsvorkehrungen zu den Angriffen auf die Friedens-Jirga habe kommen können. Amrullah Saleh war von 2004 bis 2010 Chef des Geheimdienstes. Er ist ein entschiedener Taliban-Gegner und lehnt die Versöhnungspolitik Präsident Karsais mit den Taliban ab.

**20. Juni** Generalmajor Hans-Werner Fritz wird [Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord \(RC-N\)](#).

**23. Juni** Der Oberbefehlshaber der NATO Stanley McChrystal wird aufgrund von abschätzigen Bemerkungen über Präsident Obamas Afghanistanpolitik, die in einem [US-](#)

[Magazin](#) erscheinen, entlassen. Der bisherige Chef des Zentralkommandos und ehemaliger Oberbefehlshaber im Irak General David H. Petraeus wird künftiger Oberbefehlshaber der NATO in Afghanistan. An der bisherigen Afghanistan-Strategie soll festgehalten werden.

**28. Juni** Das afghanische Parlament bestätigt fünf neue [Kabinettsmitglieder](#). General Bismillah Khan Mohammadi wird neuer Innenminister. Als Tadschike gehört er einer der ethnischen Minderheiten in Afghanistan an. Zwei der Nominierten, die der Minderheit der Hasara angehören, werden abgelehnt, was heftige Tumulte im Parlament auslöst. Sechs der 25 Kabinettsitze bleiben weiterhin unbesetzt.

**4. Juli** General David H. Petraeus (USA) wird [COMISAF](#).

**8. Juli** Die Korruption in Afghanistan hat laut einer [Studie](#) von Integrity Watch Afghanistan verheerende Ausmaße angenommen.

**9. Juli** Bundesaußenminister Guido Westerwelle bezeichnet in seiner [Regierungserklärung](#) den deutschen Afghanistan-Einsatz als "gewiss nicht populär, aber unverändert notwendig in unserem eigenen Interesse". Vor Ende der Legislaturperiode 2013 sollen die Voraussetzungen für einen schrittweisen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan geschaffen werden.

**20. Juli** Die [Afghanistan-Konferenz](#) in Kabul wird als „Meilenstein“ (Secretary of State Hillary Clinton) und „Wegmarke“ (Bundesaußenminister Guido Westerwelle) der jüngsten Geschichte Afghanistans gefeiert; es ist nach Jahrzehnten die erste internationale Konferenz auf afghanischem Boden. Im [Abschluss-Kommuniqué](#) wird der Zeitplan für die schrittweise Truppenreduzierung der internationalen Gemeinschaft und Übergabe der alleinigen Verantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte auf Ende 2014 festgesetzt. ISAF-Soldaten sollen ab diesem Zeitpunkt nur noch eine unterstützende Rolle übernehmen. Die Konferenz dauert aufgrund der heiklen Sicherheitslage ganze sieben Stunden. Die Taliban verüben Raketen-Angriffe auf den Kabuler Flughafen; der Tag war in Kabul zwangsweise zu einem Feiertag erklärt worden.

**25. Juli** Einsätze von Spezialkräften der ISAF in Afghanistan rücken ins Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit durch die Veröffentlichung von [Tausenden Geheimdokumenten](#) in dem Internetdienst Wikileaks.

**1. August** General David H. Petraeus legt die [COMISAF's Counterinsurgency Guidance](#) vor.

**9. August** Die Bundeswehr beginnt mit der Auszahlung von insgesamt 430.000 US Dollar durch das deutsche Verteidigungsministerium an 86 Familien in Afghanistan, deren Angehörige Opfer des Bombenangriffs von Kundus im September vorigen Jahres wurden. Pro Opfer erhält eine Familie 5.000 Dollar; einige Familien haben mehrere Opfer zu beklagen. Das Verteidigungsministerium stellt klar, dass es sich bei den Zahlungen nicht um eine Entschädigung im rechtlichen Sinn handle, sondern um eine freiwillige Unterstützungsleistung aus humanitären Gründen. Deutsche Opferanwälte fordern 33.000 Dollar pro Opfer und drohen mit Klage.

**10. August** Der jüngste [UNAMA-Report](#) (United Nations Assistance Mission in Afghanistan) spricht von einer alarmierenden Zunahme ziviler Todesopfer in der ersten Jahreshälfte um 31 Prozent. Die Taliban und Al-Qaida seien für drei Viertel der Opfer verantwortlich.

**13. August** Die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage des Grünen-Abgeordneten Christian Ströbele zur Bundeswehr-Spezialeinheit TaskForce47 im nordafghanischen Kundus spricht von mehr als 50 Aufklärungsoperationen. Gemeinsam mit den afghanischen Sicherheitskräften wurden bisher 21 'offensive Operationen', d.h. heißt Versuche zur Festnahme von Aufständischen, durchgeführt. Die Task Force sammelt Informationen über

die Aktivitäten der Aufständischen und identifiziert verantwortliche Anführer für Anschläge. Bei diesen Einsätzen kommt es auch zu Gefechten mit Aufständischen. Die Bundestagsfraktion der Grünen will die Informationspolitik der Bundesregierung zu Afghanistan verfassungsrechtlich prüfen lassen. ([BT-Drucksache 17/2748, Frage 74, S. 52](#))

**16. August** Präsident Karsai erlässt ein Dekret über die Auflösung ausländischer privater Sicherheitsdienste innerhalb der nächsten vier Monate. Betroffen sind 52 private Dienste mit insgesamt bis zu 40.000 Mitarbeitern, die bisher über eine Lizenz des afghanischen Innenministeriums verfügten, und beim US-Verteidigungsministerium als auch bei der UNO, ausländische Botschaften, Medien und Hilfsorganisationen unter Vertrag standen. Präsident Karsai wirft den Sicherheitsdiensten vor, sich nicht in die Sicherheitsstruktur Afghanistans zu integrieren und die Gesetze des Landes zu missachten.

**23. August** US-amerikanische Medien berichten, einer der wichtigsten Sicherheitsberater von Präsident Karsai sowie Vertreter der afghanischen Regierung würden vom amerikanischen Geheimdienst CIA bezahlt. Präsident Karsai weist die Anschuldigungen zurück; er erklärt, dass es sich bei den Berichten um den Versuch handle, die Aufmerksamkeit von Entscheidungen abzulenken, wie etwa dem kürzlich verhängten Verbot privater ausländischer Sicherheitsdienste.

**31. August** COMISAF David H Petraeus legt Richtlinien für die Übergabe in Verantwortung an die Afghanische Armee (ANA) vor.

**Ende August** Beginn einer schweren Finanzkrise, nachdem die Kabul Bank Millionenverluste geschrieben und Präsident Karsai auf US-amerikanischen Druck hin hochrangige Bankmanager der Kabul Bank wegen Veruntreuung von Geldern entlassen hatte. Zu den wichtigsten Anteilseignern der Bank zählen Präsidentenbruder Mahmoud Karsai und ein Bruder des Vizepräsidenten Mohammed Qasim Fahim. Hunderte von Kunden lösen ihre Konten bei der Bank auf. Die afghanische Zentralbank nimmt sich der Rettung der Bank an, nachdem die US-amerikanische Regierung Staatshilfen abgelehnt hatte, um der Korruption keinen Vorschub zu leisten. 17 Privatbanken gibt es in Afghanistan, lediglich fünf Prozent der Afghanen verfügen über ein Bankkonto.

**4. September** Präsident Karsai beschließt die Einrichtung eines „Hohen Rates für Frieden“, der die Gespräche mit den radikalislamistischen Taliban und den innerafghanischen Aussöhnungsprozess vorantreiben soll. Der Rat geht auf die Initiative der Friedens-Jirga zurück; er wird sich aus einflussreichen afghanischen Politikern, Vertretern der islamischen Geistlichkeit, Frauen, ehemaligen Aufständischen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen zusammen setzen.

**8. September** General David H. Petraeus legt die [COMISAF's Counterinsurgency \(COIN\) Contracting Guidance](#) vor.

**18. September** Zweite Parlamentswahlen: Fast 2.600 Kandidaten haben sich aufstellen lassen, darunter 406 Frauen. Rund 12,5 Millionen Wahlberechtigte sind zur Wahl zugelassen, jedoch 17 Millionen Wählerausweise im Umlauf. Im Vorfeld der Wahlen ist die Sicherheitslage prekär, die Taliban drohen Wählern und Wahlhelfern mit dem Tod; Wahlkampf helfer werden entführt und ermordet aufgefunden. Im Einsatzgebiet der Bundeswehr sind von 217 geplanten Wahllokalen mindestens 47 geschlossen geblieben. Nach Schätzungen der Wahlkommission [IEC](#) sind in Gesamt-Afghanistan von 6.835 geplanten [Wahlzentren](#) nur 5.897 geöffnet worden. Am 30. Oktober soll das endgültige Wahlergebnis vorliegen.

**21. September** Bei einem gemeinsamen Einsatz von Spezialkräften der sogenannten TaskForce 47 mit afghanischen Sicherheitskräften in der Provinz Kundus wird der

hochrangige Taliban-Führer Maulawi Roschan festgenommen. Roschan soll in zahlreiche Anschläge auf ISAF-Truppen verwickelt gewesen sein.

**23. September** Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg beschließt, die sechs RECCE-Tornados, die sich seit 2007 in Afghanistan im Einsatz befindenden, abzuziehen. Der Oberkommandierende der ISAF General David H. Petraeus empfiehlt, frei werdende Personalressourcen in die Ausbildungsprogramme der Schutztruppe für die afghanische Armee zu stecken. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sind 250 deutsche ISAF-Soldaten direkt oder indirekt am Flugbetrieb der Tornados beteiligt.

**28. September** Präsident Karsai ernennt 68 Mitglieder des „Hohen Rates für Frieden“, darunter zwei frühere afghanische Präsidenten (Burhanuddin Rabbani und Said Hazrat Sibghatullah Mojadeddi), regionale Stammesführer, Angehörige des Ende 2001 gestürzten Taliban-Regimes und Widerstandskämpfer gegen das ehemalige Taliban-Regime. Mindestens acht Frauen gehören dem Rat an, zwei weitere Mitglieder müssen noch nominiert werden. Der „Hohe Rat für Frieden“ soll direkte Verhandlungen mit Anführern der Taliban aufnehmen, die Kontakte mit der afghanischen Regierung gesucht haben. Die Taliban machen einen Abzug aller ISAF-Soldaten zur Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen.

**7. Oktober** Bei einem Selbstmordanschlag auf eine deutsche Patrouille in der nördlichen Provinz Baghlan stirbt ein deutscher Soldat, sechs weitere werden schwer verletzt. Bundeswehr und Taliban liefern sich anschließend am Tatort heftige Kämpfe.

**8. Oktober** Bei einem Anschlag der Taliban auf eine Moschee in der nordafghanischen Provinzstadt Taloqan werden 15 Menschen getötet, darunter der Gouverneur von Kundus Mohammed Omar.

**10. Oktober** Der ehemalige afghanische Präsident Rabbani (1992-1996) wird zum Vorsitzenden des „Hohen Rates für Frieden“ gewählt. Rabbani ist nordafghanischer Tadschike. Während des sowjetisch-afghanischen Krieges (1979-1989) war er Kommandeur einer einflussreichen Mudschaheddin-Fraktion. Am 7. Oktober, dem neunten Jahrestag des Kriegsbeginns gegen das Taliban-Regime in Afghanistan, hatte Präsident Karsai den „Hohen Rat für Frieden“ offiziell eröffnet.

**13. Oktober** Der Sicherheitsrat der UN verlängert das Mandat der ISAF um weitere zwölf Monate. ([UN-Resolution 1943](#))

**20. Oktober** Die afghanische Wahlkommission (IEC) legt das [vorläufige Ergebnis](#) der Parlamentswahlen vor und erklärt 1,3 Millionen der 5,6 Millionen abgegebenen Stimmen für ungültig. Das Wahlergebnis wird sich auf unbestimmte Zeit verzögern, da bei der Wahlbeschwerdekommission (ECC) mehr als 4.600 Proteste eingegangen sind, die vor Bekanntgabe eines amtlichen Endergebnisses geprüft werden müssen. 24 der gewählten Kandidaten wird der Parlamentssitz aberkannt.

**25. Oktober** Präsident Karsai gibt zu, finanzielle Unterstützung in Millionenhöhe aus Teheran erhalten zu haben. Laut New York Times habe Präsident Karsais Stabschef Umar Daudsai regelmäßig Bargeld von iranischen Regierungsvertretern erhalten. Iran wolle so seinen Einfluss in Afghanistan ausbauen.

**27. Oktober** Präsident Karsai verlängert das Dekret über die Auflösung ausländischer privater Sicherheitsdienste um weitere zwei Monate. Ursprünglich sollten die privaten Dienste bis zum 17. Dezember das Land verlassen haben.

**19./20. November** NATO-Gipfel in Lissabon: Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und der afghanische Präsident Karsai [unterzeichnen eine Vereinbarung](#), ab kommendem Jahr die Sicherheitsverantwortung schrittweise bis Ende 2014 an die Afghanen zu übergeben. Internationale Einheiten sollen nach 2014 weiterhin in Afghanistan präsent bleiben. NATO und Afghanistan vereinbaren außerdem [eine "langfristige Partnerschaft"](#) über das Ende des Kampfeinsatzes hinaus.

**24. November** Die afghanische Wahlkommission (IEC) gibt das [offizielle amtliche Endergebnis](#) für 33 der 34 Provinzen der zweiten Parlamentswahl bekannt. 238 der 249 Mandate sind bislang verteilt. [Zweidrittel der neu gewählten Abgeordneten](#) gehörten bisher nicht dem Unterhaus an. Die Opposition um den früheren Präsidentschaftskandidaten Dr. Abdullah Abdullah stellt nach eigenen Angaben rund ein Drittel der Abgeordneten. Die konstituierende Sitzung des neuen Parlaments wird Ende Dezember erwartet.

**13. Dezember** Die deutsche Bundesregierung legt ihren ersten [Fortschrittsbericht zu Afghanistan](#) vor. Der Bericht befasst sich mit den Themen Sicherheit, Staatsaufbau und Regierungsführung sowie Wiederaufbau und Entwicklung. Der Bericht war von den Parlamentariern angemahnt worden, um eine bessere Entscheidungsgrundlage für die Verlängerung des deutschen Bundeswehreinsetzes in Afghanistan zu haben.

**27. Dezember** Präsident Karsai veröffentlicht ein Dekret zur Einrichtung eines Sondergerichts, das den Betrugsvorwürfen nach der umstrittenen afghanischen Parlamentswahl nachgehen soll. Seit Veröffentlichung der Wahlergebnisse gibt es Streit zwischen der afghanischen Wahlkommission (IEC) und der Karsai-treuen Generalstaatsanwaltschaft, die das Endergebnis anzweifelt und die Annullierung der Ergebnisse fordert. Über die Besetzung der fünf Posten des Sondertribunals soll der Oberste Gerichtshof entscheiden.

## 2011

**15. Januar** Der Einsatz von NATO-AWACS zur Unterstützung der ISAF auf der Grundlage des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 12. Juni 2009 beginnt. Der Einsatz soll vorerst drei Monate dauern. Der Einsatz von NATO-AWACS war bisher nicht zustande gekommen, da Turkmenistan und Aserbaidschan keine Überflugrechte gewährt hatten und Frankreich die hohen Kosten des Einsatzes nicht tragen wollte. Bislang nahmen nur national geführte US-amerikanische AWACS-Flugzeuge die Luftraumkoordination über Afghanistan wahr. Deutschland wird sich am Einsatz von NATO-AWACS nicht beteiligen.

**26. Januar** Die Eröffnungssitzung des afghanischen Parlaments findet trotz anhaltender Kontroversen über bestätigte Abgeordnete und wegen Wahlfälschung disqualifizierter Kandidaten nun doch statt. Präsident Karsai wollte die Sitzung um einen Monat verschieben, um dem von ihm eingesetzten Sondergericht zur Überprüfung der Wahlfälschungen weitere Bearbeitungszeit zu ermöglichen. Die afghanische Wahlkommission (IEC) und die Wahlbeschwerdekommission (ECC) hatten jedoch die Zusammenarbeit mit dem Sondertribunal verweigert und auf ihre alleinige Zuständigkeit verwiesen. Nachdem die Mehrheit der Abgeordneten des afghanischen Parlaments gedroht hatte, auch ohne Präsident Karsai zusammenzutreten, und die USA und UN die Verschiebung der Eröffnungssitzung massiv kritisiert hatten, hatte Präsident Karsai schließlich eingelenkt. Die internationale Gemeinschaft hat sich dafür ausgesprochen, das Wahlergebnis trotz der Unregelmäßigkeiten zu akzeptieren.

**28. Januar** Der Deutsche Bundestag beschließt die Fortsetzung des deutschen ISAF-Einsatzes in Afghanistan. ([BT-Drucksache 17/4402](#), [BT-Plenarprotokoll 17/88](#)). Das Mandat schreibt erstmalig mit Ende 2011 die angestrebte Truppenreduzierung der Bundeswehr in

Afghanistan fest: „ Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können und wird dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen, soweit die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.“

**18. Februar** Bei Instandsetzungsarbeiten in einem Außenposten der Bundeswehr („OP North“) tötet ein afghanischer Soldat drei deutsche Soldaten und verletzt sechs weitere. Die deutsche Bundesregierung erklärt, sie wolle am Konzept des „Partnering“ festhalten, nach dem ISAF-Soldaten afghanische Soldaten ausbilden und gemeinsame Operationen durchführen. Die „Partnering“-Strategie der NATO gilt als zentraler Baustein für die schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände.

**21. Februar** Bei einem Selbstmordanschlag auf ein Regierungsgebäude in der nordafghanischen Provinz Kundus sterben 31 Zivilisten, mindestens 40 weitere werden verletzt. Der Anschlag gilt dem Gouverneur des Distrikts Imam Sahib, Mohammad Ayub Haqyar.

**09. März** Die UNAMA teilt in ihrem jüngsten „[Annual Report on the Protection of Civilians in Armed Conflict in Afghanistan](#)“ mit, dass das Jahr 2010 das tödlichste für afghanische Zivilisten seit Beginn des internationalen ISAF-Einsatzes in Afghanistan gewesen sei. So seien 2010 insgesamt 2.777 Zivilisten getötet worden; 15 Prozent mehr als 2009. Drei Viertel der zivilen Opfer gingen auf das Konto von Taliban und Al-Qaida.

**24. Februar** Generalmajor Markus Kneip wird Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent ISAF und Regionalkommandeur Nord (RC-N).

**27. Februar** [Addul Rauf Ibrahimi](#), der usbekischen Minderheit angehörend, wird mit großer Mehrheit zum neuen Sprecher des afghanischen Unterhauses (Wolesi Jirga) gewählt. Er löst den bisherigen Sprecher Yunous Qanooni ab.

**8. März** Der deutsche Sonderbeauftragte für Afghanistan und Pakistan Michael Steiner kündigt für den 5. Dezember eine internationale Afghanistan-Konferenz in Bonn an. Neben dem politischen Aussöhnungsprozess und der schrittweisen Übergabe der Sicherheitsverantwortung werde das Engagement der Staatengemeinschaft in Afghanistan für die Zeit nach 2014 im Zentrum stehen.

**10. März** Bei einem Selbstmordanschlag in Kundus werden der Polizeichef der Stadt und mehrere Polizisten getötet.

**21. März** Präsident Karsai kündigt an, dass ab Juli 2011 afghanische Sicherheitskräfte die Sicherheit in sieben afghanischen Regionen übernehmen wollen, unter anderem im Einsatzgebiet der Bundeswehr Masar-i-Scharif sowie in Bereichen rund um die Hauptstadt Kabul.

**25. März** Der Deutsche Bundestag beschließt den Einsatz von NATO-AWACS-Aufklärungsflügen in Afghanistan: „NATO-AWACS Flugzeuge sollen die Koordinierung des militärischen Flugverkehrs unter Berücksichtigung ziviler Nutzer sowie Aufgaben zur Unterstützung von ISAF geführten Bodentruppen übernehmen.“ Das Mandat sieht vor, bis zu 300 Soldaten der Bundeswehr für den AWACS-Einsatz bereit zu stellen. ([BT-Drucksache 17/5190](#); [BT-Plenarprotokoll 17/100](#)). Bundesaußenminister Guido Westerwelle bezeichnet den AWACS-Einsatz als notwendigen Akt der Bündnispolitik. Der Einsatz solle die Verbündeten entlasten, die das Flugverbot über Libyen militärisch durchsetzen. Das Mandat ist bis zum 31. Januar 2012 befristet.

**4. April** Aufgebrachte Demonstranten stürmen die Vertretung der Vereinten Nationen in Masar-i-Sharif und töten zwölf Menschen, unter ihnen sieben UN-Mitarbeiter/-innen. Auslöser der Proteste war die Koran-Verbrennung eines US-amerikanischen Predigers, der seine Drohung im Herbst des Vorjahres verspätet wahrgemacht hatte. Das deutsche Verteidigungsministerium weist Vorwürfe entschieden zurück, die von der Bundeswehr befehligten ISAF-Truppen im Norden Afghanistans hätten zu spät auf den Angriff reagiert.

**14./15. April** [NATO-Außenministertreffen in Berlin](#): Neben dem Libyen-Konflikt steht die Frage der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung und eine langfristige Partnerschaft mit Afghanistan im Mittelpunkt der Gespräche. Die an der ISAF-beteiligten 48 Staaten sagen Afghanistan Unterstützung auch für die Zeit nach Ende ihres Einsatzes 2014 zu.

**18. April** Ein Selbstmordattentäter verübt einen Anschlag auf das afghanische Verteidigungsministerium in Kabul. Zwei afghanische Soldaten werden getötet, mehrere schwer verletzt.

**1. Mai** US-Präsident Obama verkündet die Tötung von Al-Qaida-Führer Osama bin Laden. Bin Laden sei von der Spezialeinheit der US Navy „Navy SEALs“ in einem von der Öffentlichkeit abgeschirmten Anwesen in der pakistanischen Stadt Abbottabad getötet worden. Die Tötung bin Ladens entfacht in der US-amerikanischen und europäischen Öffentlichkeit eine Debatte über die Forderung nach einem vorzeitigen Abzug der ISAF-Truppen in Afghanistan. Die NATO und die deutsche Bundesregierung weisen Forderungen nach einem schnelleren Abzug entschieden zurück. Präsident Karsai begrüßt die Nachricht vom Tod bin Ladens.

**5. Mai** Tausende Menschen protestieren in Kabul gegen die Versöhnungsgespräche zwischen der afghanischen Regierung und den radikalislamischen Taliban. Zu den Organisatoren der Demonstration gehören Oppositionspolitiker, wie der ehemalige Geheimdienstchef Amrullah Saleh, den Präsident Karsai im Vorjahr entlassen hatte, und der ehemalige Präsidentschaftskandidat Dr. Abdullah Abdullah. Saleh hatte Ende 2010 das „National Movement“ (Besij e Melli) gegründet, eine politische Bewegung, die gegen die fortschreitende „Talibanisierung“ und für die Demokratisierung Afghanistans antritt. Zu den Anhängern des „National Movement“ zählen in erster Linie junge afghanische Städter, die ihren Protest auf Facebook organisieren. Ihre Protestfarbe ist grün, angelehnt an die „Grüne Bewegung“ im Iran.

**18. Mai** Bei gewaltsamen Protesten von 2000 Menschen in der Provinzstadt Taloqan werden mindestens zwölf Demonstranten getötet, 80 weitere verletzt. Aufgebrachte Demonstranten greifen das Bundeswehr-Feldlager in Taloqan (Provincial Advisory Team/PAT Taloqan) mit Handbomben und Handgranaten an und verletzen zwei Bundeswehrsoldaten. Hintergrund der Proteste war ein NATO-Einsatz von US-amerikanischen Spezial-Streitkräften gegen Aufständische in der Nacht zuvor, bei dem offensichtlich Zivilisten, darunter zwei Frauen, getötet worden waren. Die Bundeswehr teilt mit, dass gezielte Schüsse durch Bundeswehrsoldaten nicht auszuschließen seien und korrigiert erstere Meldungen, es seien nur Warnschüsse abgegeben worden. Ein UN-Untersuchungsbericht kommt zu dem Schluss, drei afghanische Demonstranten seien durch Bundesweherschüsse getötet worden. Der Bericht nennt das Verhalten der Bundeswehrsoldaten „angemessen“. Im PAT Taloqan sind rund 40 deutsche Bundeswehrsoldaten stationiert.

**21. Mai** Bei einem Selbstmordanschlag auf ein Militärkrankenhaus in Kabul werden sechs Medizinstudenten getötet, 23 weitere verletzt. Zu dem Anschlag bekennen sich die radikalislamischen Taliban.

**23. Mai** Laut deutschen und US-amerikanischen Medienberichten soll der deutsche Sonderbeauftragte für Afghanistan und Pakistan Michael Steiner laufende Geheimgespräche zwischen der US-Regierung und den afghanischen Taliban ermöglichen. Verhandlungen würden seit Herbst letzten Jahres geführt, u.a. mit einem Gefolgsmann von Taliban-Chef Mullah Omar, Mohammed Tayeb al-Agha. Zwei Zusammenkünfte hätten Anfang Mai in Deutschland stattgefunden.

**26. Mai** Bei einem Angriff auf eine Bundeswehr-Patrouille nordwestlich von Kundus stirbt ein Bundeswehrsoldat.

**28. Mai** Bei einem Attentat auf ein deutsch-afghanisches Sicherheitstreffen im Gouverneurspalast in der Provinzstadt Taloqan werden der Polizeichef Nordafghanistans General Mohammed Daud Daud, der Polizeichef der Provinz Takhar sowie ein enger Berater und ein Personenschützer des deutschen ISAF-Regionalkommandeurs Nord Markus Kneip getötet. Regionalkommandeur Markus Kneip und fünf deutsche Bundeswehrsoldaten werden z.T. schwer verletzt. Erste Meldungen, es habe sich um einen Selbstmordanschlag gehandelt, werden revidiert. Afghanische Sicherheitskreise verlautbaren, dass das Attentat durch einen versteckten Sprengsatz erfolgte, der per Fernsteuerung ausgelöst wurde. Der Anschlag gilt dem Polizeichef Nordafghanistans General Mohammed Daud Daud, der einer der wichtigsten Kooperationspartner der USA im Kampf gegen die Taliban und ein einflussreicher Sicherheitsverantwortlicher im Regionalkommando Nord war.

**2. Juni** Bei einem Sprengstoffangriff auf einen Schützenpanzer der Bundeswehr südlich von Kundus wird ein Bundeswehrsoldat getötet und fünf weitere teils schwer verletzt.

**8. Juni** Die Studie des Auswärtigen Ausschusses des US Senats [„Evaluating US Foreign Assistance to Afghanistan“](#) stellt die gesamte US-Strategie der Aufstandsbekämpfung in Afghanistan in Frage. Die Studie prangert die US-amerikanische Wirtschafts- und Finanzhilfe für Afghanistan an und fordert eine längerfristige und nachhaltige Auslandshilfe. Da 97 Prozent der afghanischen Wirtschaftsleistung durch Ausgaben für den Militäreinsatz und die internationale Aufbauhilfe erbracht werden, sei eine schwere Rezession für Afghanistan zu befürchten, wenn die ISAF-Truppen bis Ende 2014 endgültig abzögen. Dem Bericht zufolge geben die USA monatlich 320 Millionen Dollar für Entwicklungshilfe in Afghanistan aus.

**17. Juni** Der [Sicherheitsrat der Vereinten Nationen](#) beschließt auf Drängen der afghanischen Regierung einstimmig, Taliban und Al Qaida-Kämpfer künftig auf zwei separaten Terroristenlisten aufzuführen. Ziel sei, zukünftige Friedensverhandlungen positiv zu beeinflussen und so eine unterschiedliche Behandlung der beiden Gruppen zu ermöglichen. Ehemalige Vertreter des Taliban-Regimes, die im afghanischen „Hohen Rat für Frieden“ sitzen, könnten von der Liste gestrichen werden. Zurzeit stehen 138 Taliban- und 253 Al Qaida-Kämpfer auf der schwarzen Liste. (S/RES/1989 (2011))

**17. Juni** Führende Vertreter/innen der afghanischen Zivilgesellschaft fordern in einem [offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages](#) u.a. größere Transparenz in den Verhandlungen mit den Taliban und einen verstärkten Zugang zu nationalen Entscheidungsprozessen in Afghanistan.

**18. Juni** Auf einer nationalen Jugendkonferenz in Kabul bestätigt Präsident Karsai erstmals offiziell, dass das ausländische Militär und vor allem die USA Verhandlungen mit den Taliban vorantrieben.

**19. Juni** Die „Frühjahrsoffensive der Taliban“ reißt im Norden des Landes nicht ab: Selbstmordattentäter greifen eine Polizeistation im Zentrum Kabuls an. Drei Polizisten, fünf Zivilisten sowie ein Mitarbeiter des Geheimdienstes kommen ums Leben. Bei einem Selbstmordattentat auf einen Bundeswehr-Konvoi, der sich auf dem Weg zu einem



Sicherheitstreffen mit dem Provinzgouverneur der Region Kundus befindet, werden drei afghanische Zivilisten getötet, elf weitere verletzt. Der Kommandeur des deutschen Feldlagers im nordafghanischen Kundus bleibt unverletzt, zwei deutsche Soldaten werden leicht verletzt. Die Taliban bekennen sich zu dem Angriff.

**22. Juni** Präsident Obama verkündet in seiner [Rede](#) an die Nation den Beginn der Truppenreduzierung US-amerikanischer ISAF-Truppen in Afghanistan. Beginnend im Juli bis Ende des Jahres sollen 10.000 US-Soldaten, bis Sommer 2012 insgesamt 33.000 US-Soldaten abgezogen werden. 2014 werde der Übergabeprozess abgeschlossen sein und die Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände übergehen. Die in Kürze aus ihren Ämtern scheidende US-Verteidigungsminister Robert Gates und COMISAF General David H. Petraeus sowie ranghohe US-Militärs hatten aufgrund der schlechten Sicherheitslage im Land eine langsamere Truppenreduzierung gefordert. Erst Ende 2009 hatte die Obama-Administration 30.000 US-Soldaten zusätzlich aufgestockt.

**23. Juni** Bundesaußenminister Guido Westerwelle [begrüßt die Rede von Präsident Obama](#) als klares Bekenntnis zu der internationalen vereinbarten Strategie in Afghanistan, „schrittweise die Sicherheitsverantwortung in Afghanistan an Afghanistan zu übergeben und die sich ergebenden Spielräume für eine Reduzierung der internationalen Truppenpräsenz zu nutzen“. Ziel sei es, „Ende diesen Jahres unser eigenes deutsches Truppenkontingent erstmalig reduzieren zu können.“ Präsident Karsai begrüßt die amerikanische Truppenreduzierung. Es sei dies ein bedeutender „Schritt zum Nutzen sowohl der Vereinigten Staaten als auch des afghanischen Volkes“.

**23. Juni** Das im Dezember letzten Jahres von Präsident Karsai eingesetzte Sondergericht zur Überprüfung der Wahlfälschungen hat nach einer Neuauszählung aller gültigen Stimmen die Wahlergebnisse revidiert und die Wiedereinsetzung von 62 Kandidaten befohlen, deren Parlamentssitze aberkannt bzw. die von den Parlamentswahlen disqualifiziert worden waren. Mit diesem Urteil müssten rund ein Viertel der Parlamentsabgeordneten ihren Sitz freimachen. Die afghanische Wahlkommission (IEC) und die Wahlbeschwerdekommission (ECC) lehnen das Urteil ab; Parlamentsabgeordnete stellen umgehend ein Misstrauensvotum gegen die Generalstaatsanwaltschaft. Der ehemalige Präsidentschaftskandidat Dr. Abdullah Abdullah verurteilt die Entscheidung des Sondergerichts als verfassungswidrig und stellt die Unabhängigkeit des afghanischen Justizwesens in Frage. Die Mehrzahl der wiedereinzusetzenden Kandidaten sind Paschtunen aus dem Süden des Landes und Karsai-treue Anhänger. Karsai-Kritiker werten die Einsetzung des Sondergerichts als Versuch des Präsidenten, seine Machtposition zu stärken. Es wird befürchtet, dass das Urteil zu einer Verfassungskrise führen könnte.

**28. Juni** Die Finanzkrise in Afghanistan spitzt sich zu: Der Gouverneur der afghanischen Zentralbank, Abdul Qadir Fitrat, flieht in die USA, weil er um sein Leben fürchten müsse. Fitrat war als Chef der Zentralbank mit der Aufklärung des Korruptionsskandals um die Kabul Bank befasst gewesen. Vor dem afghanischen Parlament hatte er Anfang des Jahres öffentlich Namen genannt, die unter Betrugsverdacht stehen, darunter die ehemals größten Anteilseigner der Bank, Präsidentenbruder Mahmoud Karsai und ein Bruder des Vizepräsidenten Mohammed Qasim Fahim. Der IMF hatte in der vergangenen Woche die Auszahlung von Hilfgeldern an Afghanistan in Höhe von 70 Millionen Dollar einbehalten. Das afghanische Finanzministerium hatte dem IMF Vorschläge zur Reform des Bankwesens vorgelegt, die jedoch als unangemessen zurückgewiesen worden waren. Zahlreiche Geberstaaten drohen, keine Entwicklungshilfe mehr an Afghanistan zu leisten, wenn sich die afghanische Regierung nicht mit dem IMF über einen Hilfsplan zur Bankenrettung einige.

**28. Juni** Ein Selbstmordkommando der Taliban stürmt am späten Abend das Luxushotel Intercontinental in Kabul und verübt einen schweren Anschlag, bei dem elf Menschen, darunter afghanische Hotelangestellte und Sicherheitskräfte sowie Ausländer, ums Leben

kommen. Isaf-Soldaten greifen mit Kampfhubschraubern ein; ISAF-Soldaten und afghanische Sicherheitskräfte liefern sich stundenlange Kämpfe mit den Angreifern. Acht der Angreifer werden getötet. Im Hotel befanden sich zur Tatzeit u.a afghanische Gouverneure, die am Mittwoch eine Konferenz zur Übergabe der Sicherheitsverantwortung abhalten wollten. Das Hotel Intercontinental gilt als schwer bewacht und wird auf der Zufahrtsstraße zum Hotel durch mehrere Checkpoints gesichert.